

Staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz			1. Sitzungsprotokoll
19. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft			2015 - 2019
Sitzungstag: 10.09.2015	Sitzungsbeginn: 14.30 Uhr	Sitzungsende: 17.35 Uhr	Sitzungsort: Senatorin für Finanzen, Rudolf-Hilferding-Platz 1 28195 Bremen
Teilnehmer / innen: siehe anl. Anwesenheitsliste			
Vorsitz: Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt (bis TOP 3), Dr. Dr. Buhlert (FDP) (anschließend)			

Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt begrüßt die Mitglieder der staatlichen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz und die anwesenden Gäste und eröffnet die Sitzung.

TOP 1:

Herr Bensch (CDU) beantragt die TOPs 10, 13, 18 in der Sitzung nicht abschließend zu beraten, sondern die Debatte zu unterbrechen und in der nächsten Sitzung fortzuführen.

Die Deputation kommt überein, dass diese Anträge unter den jeweiligen TOP beraten werden.

Herr Bensch (CDU) bittet ferner das Ressort eine Liste der offenen Berichtspunkte zu führen und den Sitzungsunterlagen jeweils beizufügen. Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt sichert dies zu.

Die Deputation beschließt folgende Tagesordnung.

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung
TOP 2	Protokoll der Sitzung vom 16.04.2015
TOP 3	Wahl der/des Sprecherin/Sprechers und eine Stellvertretung lt. Deputationsgesetz
TOP 4	Deputationssitzungstermine 2. Halbjahr 2015
TOP 5	Berufung der Mitglieder der Besuchskommission gemäß § 36 des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (PsychKG)
TOP 6	Umsetzung des Bremer Krankenhausgesetzes / Patientenfürsprecherinnen und Patientenfürsprecher
TOP 7	Jahresbericht 2014 der Gewerbeaufsicht
TOP 8	Jahresbericht Gesundheitlicher Verbraucherschutz 2014
TOP 9	Entwurf Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik (ZLS)
TOP 10	Rechtsmedizinische Versorgung im Land Bremen
TOP 11	Bremisches Ausführungsgesetz zum Tiergesundheitsgesetz

TOP 12	Entwurf eines Gesetzes zur Entfristung gesundheitsrechtlicher Vorschriften
TOP 13	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesundheitsdienstgesetzes
TOP 14	Entwurf einer Bekanntmachung über die nach dem IGV-Durchführungsgesetz zuständigen Behörden
TOP 15	Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Zuständigkeit für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten
TOP 16	Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über die zuständigen Behörden nach dem Infektionsschutzgesetz
TOP 17	Entwurf eines Erlasses zur Änderung des Erlasses des Senators für Gesundheit zur Errichtung eines Landeskompetenzzentrums
TOP 18	Entwurf einer Bekanntmachung zur Änderung der Bekanntmachung über die zuständigen Behörden nach dem Gesetz über das Leichenwesen
TOP 19	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Heilberufegesetzes, des Gesetzes über die Weiterbildung in den Gesundheitsfachberufen und des Gesetzes über die generalistisch ausgerichtete Gesundheits- und Krankenpflegehilfe
TOP 20	Verschiedenes

TOP 2	Protokoll der Sitzung vom 16.04.2015
<u>Beschluss:</u>	
Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt das Protokoll der Sitzung vom 16.04.2015 zur Kenntnis.	

TOP 3	Wahl der/des Sprecherin/Sprechers und eine Stellvertretung lt. Deputationsgesetz
Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen) schlägt zur Wahl des Vorsitzenden Herrn Dr. Dr. Buhlert (FDP) vor. Zur Stellvertretung schlägt sie Frau Dehne (SPD) vor.	
Die Deputation wählt einstimmig Herrn Dr. Dr. Buhlert zum Vorsitzenden und Frau Dehne zur stellvertretenden Vorsitzenden. Beide nehmen die Wahl an.	
Herr Dr. Dr. Buhlert übernimmt die Leitung der Sitzung.	

TOP 4	Deputationssitzungstermine 2. Halbjahr 2015 (Vorlage L-16-19/S-1-19)
Auf Wunsch des Ressorts werden zwei Alternativen (27.11. oder 18.12.) für die Sitzung am 3. Dezember 2015 vorgeschlagen. Die Deputation einigt sich auf den 27.11., 14.30 Uhr und ändert den Sitzungstermin entsprechend.	
Die Deputation beschließt einstimmig:	
<u>Beschluss:</u>	
Die staatliche bzw. städtische Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt den vorgeschlagenen Sitzungsterminen mit obiger Änderung zu.	

TOP 5	Berufung der Mitglieder der Besuchskommission gemäß § 36 des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (Vorlage L-10-19)
<p>Die Fraktionen schlagen folgende Kandidaten zur Besuchskommission vor:</p> <p>SPD: Frau Dehne (stv. Frau Lauterbauch-Wenig); CDU: Herr Bensch (stv. Herr Bodeit) Bündnis 90/ Die Grünen: Herr Dr. Schlenker (stv. Herr Saffe) Die Linke: Herr Erlansson FDP: Herr Dr. Dr. Buhlert (stv. Herr Buchholz)</p> <p>Die Deputation beschließt einstimmig:</p> <p><u>Beschluss:</u></p> <p>Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz schlägt der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz die von den Fraktionen benannten Personen und Herrn Utschakowski als Mitglieder vor.</p>	

TOP 6	Umsetzung des Bremer Krankenhausgesetzes / Patientenfürsprecherinnen und Patientenfürsprecher (Vorlage L-3-19)
<p>Die Deputation beschließt einstimmig:</p> <p><u>Beschluss:</u></p> <p>Die Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz schlägt der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz die Berufung von Herrn Malte Jordan als stellvertretenden Patientenfürsprechers für das DIAKO Ev. Diakonie-Krankenhaus gGmbH für die Dauer von vier Jahren vor.</p>	

TOP 7	Jahresbericht 2014 der Gewerbeaufsicht der Freien Hansestadt Bremen (Vorlage L-12-19)
<p>Frau Vogel (SWGv) und Herr Dr. Klein (Gewerbeaufsichtsamt) erläutern eingangs die Schwerpunkte des Berichts.</p> <p>Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen) bedankt sich für den Bericht und lobt die Arbeit insbesondere im Hinblick auf die psychischen Belastungen am Arbeitsplatz und den Blick für die seelische Gesundheit. Herr Bensch (CDU) hebt die Arbeit an der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie (GDA) hervor und bittet, dies schwerpunkthaft entweder in einem gesonderten Bericht oder im nächsten Jahresbericht darzustellen. Das Ressort sichert zu, im nächsten Jahresbericht hierüber ausführlich zu berichten. Ferner erfragt Herr Bensch (CDU), ob das Gewerbeaufsichtsamt vor dem Hintergrund der Personalausstattung in der Lage sei die gesteckten Ziele zu erreichen. Herr Dr. Klein (Gewerbeaufsichtsamt) bejaht diese Frage. Frau Bringmann (SPD) fragt, wie viele KITAs und Pflegeeinrichtungen in den unter Punkt 1.4. genannten Kapitel erreicht wurden und in den Netzwerken mitarbeiten. Frau Vogel antwortet, dass 22 KITAs erreicht wurden. Davon wurde mit 10 KITAs direkt die Problematik angegangen und 12 KITAs wurden über das Netzwerk erreicht. Bei dem Projekt „ProAktiv“ handelte es sich um ein Folgeprojekt, bei dem das Netzwerken/Transfer im Vordergrund stand. Hier wurden 45 Pflegeeinrichtungen erreicht. Weiterhin möchte Frau Bringmann (SPD) wissen, wie viele Anträge nach ArbZG für in der Offshorebranche an Land tätige Mitarbeite-</p>	

rinnen und Mitarbeiter gestellt wurden. Hierzu antwortet Frau Vogel (SWGTV), dass nur ein Antrag befristet für 3 Monate gestellt wurde. Da Bremen über keine ausreichenden Flächen für die großen Bauteile verfügt, erfolgen solche Arbeiten wahrscheinlich auch zukünftig nicht in HB. Frau Bringmann (SPD) möchte darüber hinaus wissen, wie der aktuelle Besetzungsstand bei den Arztstellen ist. Frau Vogel (SWGTV) antwortet, dass zur Zeit 0,7 Stellen besetzt sind. Eine weitere befindet sich in der Ausschreibung. Herr Reinken (SPD) fragt nach dem Erfolg der Systemkontrollen, da sich aus dem Jahresvergleich der dargestellten Diagramme keine positiven Veränderungen erkennen lassen. Frau Vogel (SWGTV) erläutert, dass im vorliegenden Bericht die Schwerpunkte der Systemkontrollen nicht vergleichbar sind und daher keine Aussagen über die Wirksamkeit der Systemkontrollen auf Grund dieser Darstellung getroffen werden kann. Bislang stand bei den Systemkontrollen der technische Arbeitsschutz im Vordergrund. Dieser Schwerpunkt wechselte zum gesundheitlichen Arbeitsschutz.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt den Jahresbericht 2014 der Gewerbeaufsicht der Freien Hansestadt Bremen zur Kenntnis.

**TOP 8 Jahresbericht Gesundheitlicher Verbraucherschutz 2014
(Vorlage L-13-19)**

Frau Hanke (SWGTV) erläutert eingangs die Schwerpunkte des Berichts und stellt die Einzigartigkeit dieses Berichts im bundesweiten Vergleich dar. Als beispielhafte Herausforderung benennt Frau Hanke das gesellschaftliche Problem des Animal Hordings. Herr Saffe (Bündnis 90/Die Grünen) bedankt sich für den sehr guten Bericht, aus dem er die Erkenntnis mehr regional zu denken und zu kaufen ableitet. In Bezug auf das Animal Hording fühle er sich ratlos und ohnmächtig. Frau Dehne (SPD) lobt die Arbeit der Fachreferate und hebt hervor, dass dieser Bericht auch für den Laien sehr gut verständlich ist und einen hohen Erkenntniswert hat. Ferner möchte sie wissen, wie an den Schnittstellen der einzelnen Ämter (Gewerbeaufsicht, Lebensmittelüberwachungs-, Tierschutz- und Veterinärämter und Gesundheitsamt) zusammen gearbeitet wird. Frau Dr Schröder (LMTVet) betont die gute gegenseitige Zusammenarbeit der einzelnen Ämter. Zudem werden auch Doppelkontrollen von mehreren Ämtern in einem Betrieb gleichzeitig durchgeführt. Herr Dr. Dr. Buhler (SPD) fragt nach der Häufigkeit der Kontrollen im Vergleich mit anderen Bundesländern und ob die Verteilung der Aufgaben zwischen Niedersachsen und Bremen, bei der länderübergreifenden Zusammenarbeit, gleichmäßig und gerecht ist. Frau Dr. Schröder (LMTVet) antwortet, dass kein bundesweites Benchmarking existiert, sie jedoch vor dem Hintergrund der Personalausstattung von einer guten Kontrollichte sprechen würde. Zudem hebt sie hervor, dass alleine die Quantität der Kontrollen noch keine Aussage über die Qualität beinhalte und sie eher qualitätsorientiert arbeiten würden. Frau Berges (Landesuntersuchungsamt, LUA) ergänzt in der Beantwortung, dass gemeinsam mit Niedersachsen Schwerpunkte in den jeweiligen Labors gesetzt wurden. So werden in Bremen Tee, Kaffee, Kakao und Fisch untersucht, hingegen in Niedersachsen die Untersuchung von Tierarzneimittel und die chemische Analyse von Fisch vorgenommen wird. Diese seit 2004 bestehende Kooperation wurde 2009 durch eine Kooperation der norddeutschen Länder ergänzt und hat den Leistungsaustausch der Analysen zum Ziel. Dieses Ziel wurde bislang eingehalten.

Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt bedankt sich ebenfalls bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für den lesenswerten Bericht. Insbesondere vor dem Hintergrund der Debatten zur gesunden Ernährung von Kindern, können aus den vorliegenden Informationen und angesprochenen Kompetenzen der Ämter wichtige Erkenntnisse gewonnen werden. Frau Hanke (SWGTV) ergänzt hierzu, dass absehbar im nächsten Jahr diese Themen unter den Verbraucherschutzministerinnen und Verbraucherschutzminister sowie Senatoren und Senatorinnen schwerpunkthaft bearbeitet werden sollen. Herr Saffe (Bündnis 90/Die Grünen) möchte noch wissen, ob es auch eine Verbindung ins Bildungsressort insbesondere vor dem Hintergrund der erstrebenswerten gesunden Ernährung der Kinder gebe. Frau Hanke erläutert hierzu, dass eine Facharbeitsgruppe „Gesunde Ernährung“ bestehe, die beim Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen in den letzten Jahren unter Einbeziehung u.a. des Bildungsressort getagt hat und u.a. Schulverpflegung und das europäische Schulobstprogramm zum Inhalt hatte.

Staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz	Sitzung am: 10.09.2015	Protokoll-Seite: 5
---	-----------------------------------	-------------------------------

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt den gemeinsamen Jahresbericht 2014 des Fachreferats bei der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz, des Lebensmittelüberwachungs-, Tierschutz- und Veterinärdienstes des Landes Bremen und des Landesuntersuchungsamtes für Chemie, Hygiene und Veterinärmedizin zur Kenntnis.

TOP 9	Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik (ZLS) (Vorlage L-15-19)
--------------	---

Beschluss:

Die Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt von dem geänderten Abkommen über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik sowie von dem Entwurf der Mitteilung des Senats an die Bremische Bürgerschaft entsprechend der Vorlage der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 26.08.2015 Kenntnis.

TOP 10	Rechtsmedizinische Versorgung im Land Bremen (Vorlage L-14-19)
---------------	---

Frau Stroth (SWGv) führt einleitend aus, dass vor dem Hintergrund der seitens der Gesundheit Nord beabsichtigten Auflösung des Instituts für Verkehrs- und Rechtsmedizin (IVRM), die drei Aufgabebereiche bei denen rechtsmedizinische Expertise benötigt wird neu vergeben werden müssen. Während für den Ärztlichen Beweissicherungsdienst der Senator für Inneres und für die Obduktion der Leichen die Staatsanwaltschaft Bremen zuständig sind, fällt die Aufgabe der ordnungsgemäßen Bestattung der sog. herrenlosen Leichen in den Zuständigkeitsbereich der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz. Auch wenn eine Bündelung der Aufgaben erstrebenswert ist, kann die Deputation nur über den letzteren Teil befinden. Akut besteht die Notwendigkeit die ordnungsgemäße Bestattung der herrenlosen Leichen ab dem 1. Januar 2016 neu zu vergeben. Weiterhin besteht das Ziel zum 1. Juli 2016 die qualifizierte Leichenschau in Bremen einzuführen. Hierzu bedarf es geeigneter rechtsmedizinischer Kompetenzen zur Anleitung und Supervision der die Leichenschau durchführenden Ärzte.

Nach Prüfung der vorliegenden Angebote aus Hannover und Hamburg unter Einbezug des sehr kurzfristig zugesandten Papiers vom Ärztlicher Geschäftsführer der ÄBD-Norddeutsche Rechtsmedizin GmbH i. G. kommt die Verwaltung zum Schluss mittels einer Verwaltungsvereinbarung das rechtsmedizinische Institut am UKE in Hamburg mit der Aufgabe zu betrauen. Die entsprechenden Angebote sowie eine die Angebote vergleichenden Matrix mit der Darstellung der Bewertungskriterien liegt den Deputierten als Tischvorlage aus.

Herr Hinners (CDU) nennt die Ausführungen des Ressorts „blödsinnig“ und erkennt in der kurzfristigen Vergabe der Bestattung der herrenlosen Leichen eine Mogelpackung, da damit doch klar der Weg nach Hamburg auch für die qualifizierte Leichenschau geebnet sei. Seiner Erkenntnis nach würden zudem der Senator für Inneres als auch die Staatsanwaltschaft Bremen anderer Meinung sein.

Frau Stroth (SWGv) entgegnet, dass der Senator für Inneres in der Tat Ende letzten Jahres die Aufgabe des ärztlichen Beweissicherungsdienstes für drei Jahre an den ehemaligen Leiter des IVRM Prof. Dr. Birkholz vergeben hat, jedoch die Staatsanwaltschaft Bremen das Vorgehen des Ressorts SWGV ausdrücklich unterstützt. [Anm.: Die von Frau Stroth zitierten Aussagen der Staatsanwaltschaft Bremen können der elektronisch verschickten Stellungnahme vom Leiter der Staatsanwaltschaft, Herrn Kuhn, entnommen werden.]

Herr Hinners (CDU) möchte wissen, ob Herrn Kuhn die Angebote aus Hamburg und Hannover bei Abgabe der Stellungnahme bekannt gewesen sind. Frau Stroth (SWGv) bejaht dies und verweist darauf, dass die MHH die Angebote selbst an die entsprechenden Stellen verschickt hätte.

Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90/ Die Grünen) betont, dass für Ihre Fraktion wichtig sei, zu klären, was wirklich politisch durch diese Deputation zu entscheiden ist. Sie verweist an dieser Stelle auf die letzte Sitzung der Deputation in der vergangenen Legislaturperiode, in der einstimmig der Beschluss zur Trennung von Todesfeststellung und Leichenschau getroffen wurde. Ob jedoch die Entscheidung darüber welches Institut im weiteren Verfahren bei der Umsetzung dieser politischen Entscheidung tätig wird, weiterhin eine politische durch die Deputation zu treffende Entscheidung sei, bezweifle sie. Es sei doch eher eine Entscheidung, die durch die Verwaltung zu treffen ist und einzig durch entsprechende Bewertungskriterien überprüfbar sein muss.

Herr Hinners (CDU) fragt nach dem Ziel welches SWGV bei der Umsetzung der qualifizierten Leichenschau verfolge. Die CDU präferiere eindeutig jede Leiche am Auffindeort zu untersuchen und sei gegen einen zentralen Leichenschauort. Weiterhin warnt Herr Hinners davor mit Hamburg den ersten Schritt zu machen, bevor nicht diese Frage geklärt sei, da seiner Erkenntnis nach der Vertreter des UKE die Forderung der CDU nicht unterstütze.

Herr Bodeit (CDU) möchte wissen, warum nicht auch Bremen die Aufgabe ausführen kann und warum nicht Hannover die Aufgabe übertragen werden kann.

Herr Dr. Götz (SWGv) erläutert, dass er sich sowohl in Hamburg als auch in Hannover die jeweiligen Institute angeschaut hat und Gespräche mit den Leitern der Einrichtungen geführt hat. Er möchte nicht behaupten, dass das Institut in Hannover für die Aufgabe der qualifizierten Leichenschau ungeeignet sei, jedoch sieht er in Bezug auf den Dienst am Lebenden, sprich die Auswertung der Daten und Fakten der Toten zur gesundheitlichen Prävention der noch Lebenden, das Hamburger Institut vorne. Zudem ist dem Angebot aus Hannover zu entnehmen, dass nur in Zusammenarbeit mit dem ÄBD Norddeutschland das Angebot umzusetzen sei und die Aufgabe der Bestattung der herrenlosen Leichen eher eine untergeordnete Priorität besitzt. Jedoch ist die Vergabe des ÄBD und die Kooperationsbereitschaft des bisherigen Vertragspartner nicht durch das Ressort steuerbar.

Frau Stroth (SWGv) ergänzt in Beantwortung auf die Fragen von Herrn Bodeit, dass aus Bremen gar kein Angebot eingegangen sei und wenn man das Schreiben des ÄBD Norddeutschland als bremisch betrachten möchte, dann ist dieses mit den anderen Angeboten nicht vergleichbar und hat eher den Charakter eines Bewerbungschreibens.

Herr Bodeit (CDU) erbittet zusätzlich noch Auskunft über die zur erwartenden Kosten. Hierzu führt Frau Stroth (SWGv) aus, dass die Aufwendungen für die herrenlosen Leichen bei ca. 500 T€ bis 600 T€ jährlich liegen und diese Aufwendungen unverändert fortgeschrieben würden.

Herr Hinners möchte weiterhin wissen, wie die Behörde beabsichtigt im weiteren Verfahren mit der Leichenschau vor Kremierung umzugehen, ob auch Krankenhausleichen qualifiziert untersucht werden sollen und ob das UKE auch eine Zusammenarbeit mit dem ÄBD anstrebt? Frau Stroth (SWGv) führt hierzu aus, dass hinsichtlich der zweiten Leichenschau vor Kremierung noch keine abschließende Entscheidung getroffen wurde, sie jedoch bei Einführung der qualifizierten Leichenschau ihren Sinn verlieren würde. Da beabsichtigt ist, ausnahmslos jede Leiche einer qualifizierten Leichenschau zuzuführen, würde auch jede Krankenhausleiche entsprechend untersucht werden. Kooperationen sind immer wünschenswert aber in Bezug auf die Bestattung der herrenlosen Leichen nicht notwendig.

Der Vorsitzende gibt der Deputation folgenden Änderungswunsch der Verwaltung am Beschlussvorschlag zur Kenntnis:

Neuformulierung des zweiten Satzes:

„Sie nimmt zur Kenntnis, dass die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz eine Kooperation mit dem Hamburger Institut für Rechtsmedizin anstrebt und bittet für Anfang 2016 um einen Bericht zur Umsetzung.“

Herr Hinners bittet darum den Beschlussvorschlag aus der reinen Kenntnisnahme in eine Abstimmung darüber zu ändern, ob das UKE beauftragt werden soll. Der Vorsitzende fragt die Verwaltung ob dies möglich sei oder ob es sich hier um reines Verwaltungshandeln handle. Herr Staatsrat Kück erläutert, dass der Vorgang alleiniges Verwaltungshandeln sei und damit nur eine Kenntnisnahme möglich ist.

Frau Dr. Kappert-Gonther regt an den zweiten Satz des Beschlussvorschlags ersatzlos zu streichen.

Staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz	Sitzung am: 10.09.2015	Protokoll-Seite: 7
---	-----------------------------------	-------------------------------

Die CDU Fraktion stellt den Antrag auf Unterbrechung der Debatte und Wiederaufruf in der nächsten Sitzung. Bei Enthaltung der Fraktionen der FDP und Die Linke und der Gegenstimme der Fraktionen SPD und Bündnis90/ Die Grünen wird der Antrag abgelehnt.

Die Deputation folgt dem Ansinnen der Abgeordneten Dr. Kappert-Gonther und nimmt folgenden Beschluss zur Kenntnis:

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt den Bericht der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz über die aktuellen Entwicklungen zur Vorbereitung einer Neuausrichtung der Rechtsmedizin und zur Einführung der qualifizierten Ärztlichen Leichenschau zur Kenntnis.

TOP 11	Entwurf eines bremischen Ausführungsgesetzes zum Tiergesundheitsgesetz (Vorlage L-2-19)
---------------	--

Die Deputation beschließt einstimmig:

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt dem Entwurf eines bremischen Ausführungsgesetzes zum Tiergesundheitsgesetz zu.

TOP 12	Entwurf eines Gesetzes zur Entfristung gesundheitsrechtlicher Vorschriften (Vorlage L-1-19)
---------------	--

Die Deputation beschließt bei Enthaltung der Fraktion der FDP:

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt dem Entwurf eines Gesetzes zum Wegfall der Befristung gesundheitsrechtlicher Vorschriften zu.

TOP 13	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesundheitsdienstgesetzes (Vorlage L-9-19)
---------------	---

Die CDU beantragt die Aussetzung des TOP. Bei Enthaltung der FDP und Gegenstimme von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke wird der Antrag abgelehnt.

Die Deputation fasst bei Enthaltung der CDU, FDP und Die Linke folgenden Beschluss:

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesundheitsdienstgesetzes zu.

Staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz	Sitzung am: 10.09.2015	Protokoll-Seite: 8
--	---------------------------	-----------------------

TOP 14	Entwurf einer Bekanntmachung über die nach dem IGV-Durchführungsgesetz zuständigen Behörden (Vorlage L-8-19)
--------	---

Die Deputation beschließt einstimmig:

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt dem Entwurf einer Bekanntmachung über die nach dem IGV-Durchführungsgesetz zuständigen Behörden zu.

TOP 15	Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Zuständigkeit für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten (Vorlage L 7-19)
--------	---

Die Deputation beschließt einstimmig:

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt dem Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Zuständigkeit für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zu.

TOP 16	Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über die zuständigen Behörden nach dem Infektionsschutzgesetz (Vorlage L-6-19)
--------	--

Die Deputation beschließt einstimmig:

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt dem Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über die zuständigen Behörden nach dem Infektionsschutzgesetz zu.

TOP 17	Entwurf eines Erlasses zur Änderung des Erlasses des Senators für Gesundheit zur Errichtung eines Landeskompetenzzentrums (Vorlage L-5-19)
--------	---

Die Deputation beschließt einstimmig:

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt dem Entwurf eines Erlasses zur Änderung des Erlasses des Senators für Gesundheit zur Errichtung eines Landeskompetenzzentrums zu.

TOP 18	Entwurf einer Bekanntmachung zur Änderung der Bekanntmachung über die zuständigen Behörden nach dem Gesetz über das Leichenwesen (Vorlage L-4-19)
---------------	--

Die CDU beantragt die Aussetzung des TOP. Bei Enthaltung der FDP und Gegenstimme von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke wird der Antrag abgelehnt.

Die Deputation fasst bei Enthaltung der CDU und der FDP folgenden Beschluss:

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt dem Entwurf einer Bekanntmachung zur Änderung der Bekanntmachung über die zuständigen Behörden nach dem Gesetz über das Leichenwesen zu.

TOP 19	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Heilberufegesetzes, des Gesetzes über die Weiterbildung in den Gesundheitsfachberufen und des Gesetzes über die generalistisch ausgerichtete Gesundheits- und Krankenpflegehilfe (Vorlage L-11-19)
---------------	---

Die Deputation beschließt einstimmig:

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Heilberufgesetzes, des Gesetzes über die Weiterbildung in den Gesundheitsfachberufen und des Gesetzes über die generalistisch ausgerichtete Gesundheits- und Krankenpflegehilfe zu.

TOP 20	Verschiedenes
---------------	----------------------

Der Vorsitzende ruft die ausliegende Tischvorlage „Berichtsbitte der FDP zur Situation der Neonatologie und Geburtshilfe“ auf.

Herr Dr. Dr. Buhlert (FDP) bedankt sich für die ausführliche Darstellung und stellt ergänzend die Frage, ob sich der Bedarf durch gestiegene Fallzahlen verändert hat. Herr Bensch (CDU) möchte zudem wissen, wie es in den Gesprächen mit Niedersachsen weiter gehen soll. Frau Stroth (SWG) führt auf die Fragen hin aus, dass die Gesundheit Nord gGmbH mitgeteilt hat, dass zu Mitte 2016 vier zusätzliche neonatologische Betten im Klinikum Links der Weser eingerichtet werden und in Delmenhorst die Versorgung von Level III Geburten wieder aufgenommen wird. Die Zahl der Frühgeborenen sei darüber hinaus in Bezug auf die zu versorgenden schwangeren Frauen stabil geblieben. Wesentlich in den Gesprächen mit Niedersachsen sei, dass erstmals auch die niedersächsische Krankenhausgesellschaft jetzt an den Gesprächen teilnimmt und es zu einer gegenseitigen Information über geplante Veränderungen in den Planungsbezirken komme. Zudem soll im nächsten Schritt eine genaue Bedarfsanalyse erfolgen.

Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen) erinnert an die steigenden Geburtenzahlen und damit auch an die wahrscheinlich steigenden Zahlen von Frühgeborenen, die einen weiteren Ausbau der Level I Kapazitäten notwendig werden lassen.

Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt betont, dass sie zeitnah ein Gespräch mit ihrer niedersächsischen Kollegin zum Themenkomplex der länderübergreifenden Krankenhausplanung führen wird und aufbauend auf dem gemeinsamen Kabinettsbeschluss beider Länder aus 2014 zu weiteren konkreten Verabredungen kommen möchte.

Der Vorsitzende ruft die ausliegende Tischvorlage „Berichtsbitte der CDU zu Tuberkulose-Untersuchungen bei Flüchtlingen“ auf.
Herr Bensch (CDU) bittet um eine Kurzmitteilung sobald weitere Röntgenkapazitäten gewonnen werden konnten. Das Ressort sichert dies entsprechend zu.

Vorsitzender

Protokollführer

Die Senatorin für Wissenschaft,
Gesundheit und Verbraucherschutz

Tel.: 361-9540
Fax: 496-9540

S-4

E-mail: michaela.brandjen@gesundheit.bremen.de

Auflistung der abzuarbeitenden Berichtsbitten / Aufträge bzw. der Beschlüsse aus den Sitzungen der Bürgerschaft sowie der staatlichen und der städtischen Deputation für Gesundheit (19. Legislaturperiode)

Stand: 22.09.2015

Lfd. Nr.	Auftrag	aus der Sitzung .../ vom	vorzulegen zur Sitzung am / aktueller Bearbeitungsstand	Zuständig	Bearbeitungsstand
1.	Folgeauftrag Bericht zum SpSD/Krisendienst (Vorlage Herr Mosch)	10.07.2014	November 2015	41	